**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/6210**
**14. Wahlperiode** 01. 06. 2001

# Antrag

## der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.

### Frieden, Stabilität und Einheit auf der koreanischen Halbinsel

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Fast auf den Tag genau, an dem vor 47 Jahren der Krieg auf der koreanischen Halbinsel durch den Waffenstillstand des 27. Juni 1953 beendet wurde, haben der Präsident der Republik Korea, Kim Dae-jung, und der Vorsitzende des nationalen Verteidigungsausschusses der Demokratischen Volksrepublik Korea, Kim Jong-il, durch die gemeinsame Erklärung im Rahmen ihres historischen Gipfeltreffens vom 13. bis 15. Juni 2000 in Pjöngjang eine neue Phase der Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel eingeleitet.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die durch die gemeinsame Erklärung von Süd- und Nordkorea begründete Perspektive für eine neue Qualität der innerkoreanischen Beziehungen und dankt dem südkoreanischen Präsidenten, Kim Dae-jung, für seinen beharrlichen Einsatz für Demokratie und Menschenrechte und für die von ihm eingeleitete „Sonnenscheinpolitik“. Der Deutsche Bundestag gratuliert Präsident Kim Dae-jung zur Verleihung des Friedensnobelpreises. Der Deutsche Bundestag würdigt auch die erklärte Bereitschaft der Verantwortlichen in der politischen Führung Nordkoreas, den durch die gemeinsame Erklärung vorgezeichneten Weg für eine Verbesserung der innerkoreanischen Beziehungen zu beschreiten.

Der Deutsche Bundestag ist sich bewusst, dass die politisch Verantwortlichen, aber auch die Menschen auf der koreanischen Halbinsel, eine aufmerksame und beratende Begleitung des koreanischen Annäherungsprozesses durch die Bundesrepublik Deutschland erwarten. Die „Berliner Erklärung“ von Präsident Kim Dae-jung im Rahmen seines Deutschlandbesuches vom 8. bis 10. März 2000, in der der südkoreanische Präsident von Deutschland aus Nordkorea zu ersten Schritten bei der innerkoreanischen Annäherung und Überwindung der Teilung Koreas aufgerufen hatte, ist Anlass für die Bundesrepublik Deutschland, einen aktiven Beitrag zur Unterstützung von Frieden und Stabilität auf der koreanischen Halbinsel zu leisten.

Deutschland und Europa konnten 1989/1990 ihre Teilung friedlich überwinden. Deutschland und Europa müssen daher die Überwindung der Teilung Koreas intensiv unterstützen und somit einen Beitrag für Frieden, Stabilität und Demokratie auf der koreanischen Halbinsel und in der gesamten Region leisten.

Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. den innerkoreanischen Annäherungsprozess weiterhin aktiv zu begleiten und den beiden koreanischen Staaten die Erfahrungen des innerdeutschen Annäherungsprozesses und der Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas weiterzugeben,

2. die in der gemeinsamen Erklärung Süd- und Nordkoreas vom 15. Juni 2000 niedergelegten politischen Annäherungsschritte weiterhin konkret zu unterstützen,
3. nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Nordkorea ihre Politik gegenüber diesem Land künftig engstens mit den Partnern Deutschlands in der Europäischen Union abzustimmen,
4. darauf hinzuwirken, dass die anlässlich der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen am 1. März 2001 von der nordkoreanischen Seite gemachten Zusagen im Hinblick auf die Bewegungsfreiheit für Diplomaten, die Kontrollmöglichkeiten für humanitäre Hilfsorganisationen sowie die Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten von Nordkorea eingehalten werden,
5. im Bewusstsein der nach wie vor demokratischen Grundprinzipien und der Menschen- und Bürgerrechte nicht genügenden Situation in Nordkorea insbesondere internationalen Zugang zu den Straflagern im Lande zu ermöglichen und auf die Achtung von Menschenrechten aktiv zu drängen,
6. den Deutschen Bundestag bei seinen Bemühungen zu unterstützen, durch intensive Kontakte zu den Parlamenten Süd- und Nordkoreas einen Beitrag für Frieden, Freiheit, Stabilität, Demokratie und Einheit auf der koreanischen Halbinsel zu leisten,
7. sich in den Vereinten Nationen und bilateral gegenüber den Vereinigten Staaten, der Russischen Föderation, der Volksrepublik China und Japan für deren aktive Förderung des innerkoreanischen Annäherungsprozesses und die Überwindung der Teilung Koreas einzusetzen,
8. gemeinsam mit beiden koreanischen Seiten, der EU und den USA nach Wegen zu suchen, die die Umsetzung der Verpflichtungen des Nichtverbreitungsvertrages für Nordkorea erleichtern,
9. auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea über die Raketenfrage hinzuwirken und die nordkoreanische Seite auch zukünftig zu einer Einstellung des Exports von Trägertechnologie zu drängen,
10. im Zuge der Entwicklung zwischenstaatlicher Beziehungen, den Aufbau eines Kulturaustauschprogramms zwischen Nordkorea und der Bundesrepublik Deutschland weiter zu fördern,
11. die wichtige Beratungstätigkeit der politischen Stiftungen auf der koreanischen Halbinsel auch für die weitere Zukunft des innerkoreanischen Annäherungsprozesses durch entsprechende haushaltsmäßige Absicherung zu gewährleisten und die Erfüllung der durch die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Nordkorea gewachsenen Aufgaben des Auswärtigen Amts durch die Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel sicherzustellen.

Berlin, den 31. Mai 2001

**Dr. Peter Struck und Fraktion**
**Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion**
**Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion**
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333